

Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung in Unterfranken -IKT-

8702 Margetshöchheim · Mainstraße 54 · Tel. (0931) 461071

IKT-Info-Dienst

3/August 86

Termine

Bayernweite G RÜNDUNG der IKT
Sonntag, 24. August 10 Uhr in Ingolstadt, Gasthaus Anker (beim Theater) !

9. HAFENLOHRTALFEST in Windheim (Gemeinde Hafenlohr/Spessart)
Sonntag, 14. September 14 Uhr Kundgebung mit Pfr. Oeser (Mörfelden) und Hubert Weiger, Bund Naturschutz

Liebe Freunde und Mitglieder der IKT!

Jetzt ist es endlich soweit: Am Sonntag, 24. August wird in Ingolstadt die IKT bayernweit konstituiert. Wir laden Sie auf diesem Wege zur Gründungsversammlung ins Gasthaus Anker ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht von Seb. Schönauer
2. Referat H. Steininger, BN-Landesgesch.führ.
3. Aussprache
4. Wahl des Vorstands
5. Anträge
6. Wahl einer Satzungskommission

Wir hoffen, daß Vertreter aller bayerischen Initiativen gegen Fernwasserzwang nach Ingolstadt kommen. Angesichts der anstehenden Wahlen und der für uns wichtigen Entscheidungen im politischen Raum (NOvellierung des Wasserhaushaltsgesetzes, Wasserpfennig usw.) ist es unbestreitbar wichtig, daß alle Kräfte, die sich für die Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung einsetzen, koordiniert vorgehen und an einem Strang ziehen. Es hat sich auch gezeigt, daß verbale Unterstützung von der einen oder anderen politischen Seite allein uns nicht weiterbringt. Nur wenn wir gemeinsam die Interessen der von uns vertretenen Bürger vorbringen, haben wir Aussicht auf Erfolg.

Trinkwassersituation 86

Noch in diesem Jahr ist mit dem Inkrafttreten des Wasserhaushaltsgesetzes zu rechnen. Dieses Gesetz gibt dem Staat Mittel in die Hand, die es ihm ermöglichen, schärfer gegen Wasserverschmutzer vorzugehen und schneller Wasserschutzgebiete auszuweisen. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden. Es besteht allerdings die Gefahr, daß gerade die großen Wasserzweckverbände sich mit Hilfe dieses Gesetzes auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzung die Grundwasservorräte sichern, daß aber die kommunalen Trinkwasserversorgungen weiterhin auf der Strecke bleiben. Hier müssen wir besonders wachsam sein.

Gerade auf dem Trinkwassersektor ist z.Z. noch vieles im Fluß. So hat der Bayer. Landtag sich nicht zuletzt auf Initiative der IKT für Maßnahmen zur natürlichen Sanierung des Trinkwassers ausgesprochen. Neuerdings wird so der Ankauf von Flächen in Wasserschutzzonen gefördert, wenn Kommunen dadurch die Nitratbelastung vermindern wollen. Zuschüsse für die Pacht solcher Flächen gibt es noch nicht, weil man erst einmal den Erfolg ähnlicher Maßnahmen in Baden-Württemberg abwarten will. Dieses Bundesland finanziert seine Maßnahmen durch einen sog. Wasserpennig.

Dem Landtag liegt z.Z. auch eine Petition des Bund Naturschutz vor, in der Maßnahmen zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung gefordert werden. MdL Alois Glück hat uns eine eingehende Prüfung dieser Eingabe zugesagt. Auf das IKT-Schreiben v.17.4.86 an die Fraktionen des Bayer. Landtags haben wir lediglich von der SPD eine Antwort erhalten. Fraktionsvorsitzender Dr. Rothemund betont darin, daß für die SPD die Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgungsanlagen Vorrang vor dem Ausbau der Fernwasserversorgung habe.

Nicht besonders gut sieht es z.Z. für Burghaslach aus. Dort hatte die IKT zusammen mit der örtlichen BI im Mai eine eindrucksvolle Kundgebung gegen das FW veranstaltet.

Den Ortsteilen von Bad Königshofen hat man bis zum Jahresende eine Schonfrist zur Sanierung ihrer Brunnen eingeräumt. Bisläng hat man dort schon beachtliche Erfolge vorzuweisen.

Ende Juli veranstaltete die IKT im Untermerzbacher Gemeindeteil Gereuth eine gut besuchte Kundgebung. Dort befinden sich die Fernwasserbefürworter z.Z. auf dem Rückzug. Endgültige Entscheidungen stehen allerdings noch aus.

Erfreuliche Nachrichten kommen aus Burkardroth (Lkr. Bad Kissingen). Dort hat sich der Gemeinderat überraschend mit überwältigender Mehrheit für die Sanierung des eigenen Wassers und gegen die FW-Belleitung ausgesprochen.

Die Ereignisse der letzten Wochen zeigen, daß nur der zähe Einsatz vor Ort den Anschluß ans FW verhindern kann, auf den Wasserbürokratie und Politiker immer noch setzen. Dabei müßte doch nach den Ereignissen um Tschernobyl auch dem letzten klar sein, daß verwundbare Fernnetze, besonders die aus Oberflächenspeichern gespeisten, den krisensicheren kommunalen Eigenversorgungen total unterlegen sind.

Peter Etthöfer

Vier Milliarden Kubikmeter

Die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen pumpten im vergangenen Jahr mehr als vier Milliarden Kubikmeter Wasser durch die Leitungen; das entspricht 26mal dem Inhalt der Edertalsperre. Hauptabnehmer waren Privathaushalte und Kleingewerbe mit 2717 Millionen Kubikmeter und die Industrie mit 660 Millionen Kubikmeter. Das kostbare Naß war zu zwei Dritteln Grundwasser, ein Viertel wurde aus Seen, Talsperren und Flüssen gewonnen.

Es ist in der Bundesrepublik derzeit noch kaum ein Problem, Wasser in ausreichender Menge

zur Verfügung zu stellen. Zunehmend schwieriger und teurer wird es jedoch, stets einwandfreie Trinkwasserqualität zu garantieren. Denn Flüsse und Seen sind verschmutzt, und oft dringen Schadstoffe ins Grundwasser. Deshalb wird immer häufiger die Frage gestellt, ob etwa die Industrie für alle Zwecke unbedingt erstklassiges Wasser verwenden muß und ob es notwendig ist, Trinkwasser durch die Toiletten zu spülen. (Statistische Angaben Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft)

Zeichnung: Globus

Das kostbare Naß

Öffentliche Trinkwasserversorgung
1985 insgesamt 4125 Mio m³

Wasserverbrauch



Wasserherkunft



© Globus 8155

Flüsse und Seen wieder sauberer ¹¹⁰
26.7.86

Grundwasser-Qualität ist schlechter geworden

Bonn (AP) - Die Wasserqualität in Flüssen und Seen der Bundesrepublik hat sich in letzter Zeit eher verbessert, die Grundwasser-Qualität ist jedoch schlechter geworden.

Zu diesem Schluß kommt der Jahresbericht der Wasserwirtschaft 1985, den der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesernährungsministerium, Georg Gallus, gestern in Bonn vorstellte. Nach diesem Bericht liegt der Nitratanteil im Wasser in sieben bis acht Prozent des öffentlichen Versorgungssystema über der Schwelle von 50 Milligramm pro Liter - „bei steigender Tendenz“, wie es hieß. Zu viel Nitrat kann bei Kleinkindern zu Gesundheits-

gefahren führen.

Im Oberflächenwasser ist nach Angaben des Berichts die Belastung durch Schwermetalle gesunken und der Eintrag organischer Substanzen gleich geblieben, während die Belastung mit Nitrat, Phosphat und Amonium noch steigt.

Der Verbrauch an Trinkwasser steigt seit 1980 nicht mehr und liegt jetzt bei fünf Milliarden Kubikmeter im Jahr. Die Industrie verbraucht acht Milliarden Kubikmeter.

Von einem „Notstand der Wasserversorgung“ könne, abgesehen von „lokalen Engpässen“, nicht gesprochen werden, meinte Gallus.

Aktionsgemeinschaft Hafenlohrtal



Sebastian Schönauer · Setzbornstr. 34 · 8751 Rothenbuch

An die
Redaktion

1. Vorsitzender
Sebastian Schönauer
8751 Rothenbuch
Setzbornstraße 34
Telefon 06094/457
27.7.1986

Aktueller Stand / Sommer 1986

Bankverbindung:
Kreissparkasse Main-Spessart ⁹³⁰
(BLZ 79051580) Konto-Nr. 240639 ¹⁰⁰

Nach Abschluß des Deutschen Umwelttages in Würzburg und vor der Ausrichtung des 9. Hafenlohrtales am 13./14. Septembers in Hafenlohr, Ortsteil Windheim, zieht die Aktionsgemeinschaft eine Zwischenbilanz in ihrem Kampf um die Erhaltung des Hafenlohrtales, als letztem biologisch und ökologisch intaktem Tal im Spessart:

Trotz nun bald neunjährigem Kampf gegen die Ignoranz der Menschen und die Sturheit der Behörden, die beide nicht einsehen wollen, daß eine Ausweitung der Verbrauchsmöglichkeiten in Punkto Trinkwasser nicht die Lösung der Probleme des Menschen mit dem Rohstoff TW bedeuten können, trotz des unermüdlichen Herbetens von alternativen Vorschlägen, trotz einer Stagnation und eines leichten Rückgangs statt eines vorhergesagten starken Anstiegs des TWverbrauchs läßt die bayerische Wasserwirtschaft nicht nach in ihrem Bemühen, einen TWStausee im Spessart zu bauen. Dies, obwohl die im Raumordnungsverfahren 1981 genannte hauptsächliche Begründung "Trinkwasservorsorge für den prognostizierten Mehrbedarf" nicht mehr stimmt, sondern nunmehr hauptsächlich der TWspeicher mit über 40 Millionen Kubikmeter Inhalt als Mischwasserreserve für heruntergekommene, meist nitratverseuchte TWversorgungsanlagen "vorgesehen" ist.

Die Lobby für diesen Stausee, - die Herren Landräte und "ihre" Zweckwasserverbände und die mit ihr am gleichen Strang ziehende Wasserwirtschaftsverwaltung -, wollen mit einem weiteren Stausee in Franken ihre beherrschende Macht im TWwassergeschäft sichern und weiter ausbauen, bevor ihnen eine vernünftige und durch den Artikel 141 der Bayerischen Verfassung (Umweltschutz-Artikel) vorgeschriebene Trinkwasserpoltik der kleinen und natürlichen, ortsnahen Lösungen ihr Geschäft mit dem Fernwasser versaut!

Während der Bayerische Landtag im Wirtschaftsausschuß am 6. Februar 1986 die sogenannten "natürlichen Sanierungen", also den Erhalt der ortsnahen Quellen und Brunnen für "zuschußwürdig" hält, versuchen die staatliche Wasserwirtschaftsverwaltung und die Fernwasserverbände immer mehr Gemeinden, Orte und sogar Einzelgehöfte an ihre Fernwasserstränge zu binden. Kosten spielen dabei anscheinend keine Rolle. Anscheinend vertraut man auf die Subventionshand des Staates.

So ist der Kampf der Aktionsgemeinschaft Hafenlohrtal mittlerweile zu einem Kampf gegen das Entstehen einer neuen Großtechnologie geworden, gegen die Großtechnologie Fernwasser!

»Rettet das Hafenlohrtal«

Nach der Stadt Aschaffenburg und dem Landkreis Aschaffenburg hat nun im Sommer 1986 auch die Stadt Würzburg anlässlich des Deutschen Umwelttages durch den Diplomingenieur Seus von den Stadtwerken erklären lassen, daß von Seiten der Stadt Würzburg kein Bedarf für den Bau einer TWTalsperre im Spessart oder anderswo bestünde. Bereits seit neun Jahren bezieht die Stadt aus Vorsorge heraus vom örtlichen Fernwasserverband Mittelmain Zusatzwasser, das sie ausweislich ihrer TWasserbilanz nie, - auch nicht im "Trockensommer " 1976 gebraucht hätte! Auch die Stadt Würzburg geht nicht von einem weiteren Anstieg des Verbrauchs aus, sondern setzt auf die neue, vernünftige Politik des vernünftigen, d.h. sparsamen Umgangs mit unserem Rohstoff Wasser.

Ein Rohstoff, der nicht durch Beimischen von angeblich gesundem Fernwasser von der Verseuchung befreit wird, sondern nur dann in ausreichendem Maße auch unseren Kindern zur Verfügung stehen wird, wenn endlich die Ursachen der Wasservergiftung an der Wurzel geheilt werden.

Die Aktionsgemeinschaft fordert deshalb zusammen mit dem Bund Naturschutz in Bayern die Bayerische Staatsregierung auf, endlich die versprochenen Richtlinien für die " Natürliche Sanierung " vorzulegen, damit die Gemeinderäte, die Bürgermeister, alle Bürger eigentlich endlich merken, daß die Erhaltung der eigenen Quellen nicht nur vernünftiger, sondern auch wesentlich billiger ist als der dauerhafte, fast ewige Anschluß an eine Fernwasserleitung! Die jetzigen Zuschußrichtlinien laufen nämlich auf eine einseitige Bevorzugung der Fremdwasseranschlüsse hinaus.

Wie aber soll ein verantwortlicher Gemeinderat oder Bürgermeister sich frei für die ökologisch und ökonomisch richtige Erhaltung der eigenen Dorfquellen entscheiden können, wenn ~~ihm~~ ihm ~~ein~~ einseitiges Zuschußgebahren fast notgedrungen in die Arme der aufnahmewilligen (warum eigentlich?) Zweckwasserverbände treibt?

Fernwasser wird weiterhin von den staatlichen Stellen propagiert, auch wenn es zum Beispiel nicht sicher ist, daß dieses Wasser aus der Ferne überhaupt gesund ist!

Nach dem Atomunglück in Tschernobyl hieß es in einer Mitteilung der Bayerischen Staatsregierung stolz, daß weit über 90 % der bayerischen TWasserversorgung aus Grundwasser stamme und nicht aus möglicherweise verseuchtem Stauseewasser! Gleichzeitig plant die gleiche Regierung, bzw. deren Wasserwirtschaftsverwaltung laut eigener Aussage, zirka 75 % des heimischen Regierungsbezirkes Unterfranken von Oberflächenwasser abhängig zu machen!

Oder:

Fernwasser des FWF (Fernwasser Franken) , der größte fränkische Fernwasserlieferant versucht ständig (warum eigentlich ?) neue Orte anschließen zu können, verschweigt aber, daß sein Fernwasser, das zum Teil aus dem Lechmündungsgebiet herbeigepumpt wird, Kohlenwasserstoffe aus dem Lech mit sich führen kann!

Rettet das Hafenohtal! heißt deshalb auch für alle Bürger unserer Heimat " Rettet Eure Trinkwasserversorgung! "

Nur die Sanierung unserer Trinkwasservorräte in der Erde durch das Stoppen von Schadstoffeinträgen kann unserer Trinkwasser noch retten.

Deshalb ist notwendig, daß ein weiterer Trinkwasserspeicher verhindert wird, um die staatlichen Behörden zu zwingen vernünftige lebenserhaltende Konzepte statt großtechnologische Experimente zu finanzieren. Weit über 3 Millionen wurden bereits für die

" Untersuchung " des Geländes von unseren sparsamen Abgeordneten in München bewilligt. Im Hafental wird gebohrt und gebohrt. Man will mit aller Macht beweisen, daß der Boden, der aus zerklüftetem Buntsandstein besteht, doch nicht so zerklüftet ist, wie vielfach befürchtet. 45 Bohrlöcher im Durchmesser ^{* von 50cm} zieren bereits den Talboden hauptsächlich in dem Bereich, wo man die sichere Staumauer errichten möchte. Bis zu 150 Meter tief hat man dabei gebohrt. Die Frage für Beobachter ist nur, warum man in letzter Zeit relativ häufig Betonfahrzeuge am Bauplatz, ach nein Bohrgelände sehen konnte? Sollen hier mit Betoninjektionen mögliche Klüfte sicherer gemacht werden? Sollen Betonmilch vielleicht ein zum Teil zerklüftetes Gelände für den geplanten 60 Meter hohen Staudamm " vorbereiten "? Dies allerdings wäre mehr als leichtfertig! Dies wäre verantwortungsloses Handeln!

Die Aktionsgemeinschaft fordert deshalb die zuständigen staatlichen Stellen auf, alle Aktivitäten im Hafental umgehend der Öffentlichkeit darzulegen. Die betroffene Bevölkerung hat das Recht Auskunft über alle im Hafental getätigten Arbeiten zu bekommen.

Statt Geld in der Erde zu vergraben, sollten den Gemeinden Mittel an die Hand gegeben werden, die zur Sanierung unserer Trinkwasseranlagen verwendet werden können.

Vernunft statt Beton!
Rettet das Hafental!

Sebastian Schönauer
Setzbonstraße 34
8751 Rothenbuch



Bund Naturschutz in Bayern e.V.

Landesverband Bayern des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.

An den Bayerischen Landtag
Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen
Maximilianeum

8000 München 85

12.5.86

Eingabe
Vollzug des Landesentwicklungsprogramms (LEP), Abschnitt XII Wasserwirtschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN) verfolgt mit großer Sorge, daß in zahlreichen Regionen Bayerns die staatlichen Behörden und die dortigen Zweckverbände die neugefaßten fachlichen Ziele des LEP zur Wasserversorgung entweder nicht beachten oder glattweg ignorieren.

Obwohl es im Abschnitt Wasserwirtschaft des LEP unter Ziff.3 Wasserversorgung eindeutig heißt, daß örtliche Versorgungsanlagen errichtet, beibehalten und gegebenenfalls saniert werden sollen, soweit eine einwandfreie Wasserversorgung mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand gewährleistet werden kann, zwingen die bestehenden Zweckverbände mit Unterstützung der Landratsämter in den letzten Jahren verstärkt ganze Gemeinden und Ortsteile zum Anschluß.

Die zahlreichen, bei uns in den zurückliegenden Monaten eingegangenen Beschwerden von Bürgermeistern, Gemeinderäten und Bürgern sind ein eindeutiger Beweis dafür, daß weder die Staatsregierung bzw. die nachgeordneten Behörden und Zweckverbände auch nur den Versuch unternommen haben, die neu formulierten fachlichen Ziele des LEP in die Praxis umzusetzen und die betroffenen Gemeinden und Bürger entsprechend zu beraten.

Die Zweckverbände gehen mit Unterstützung der Landratsämter stur den bisher eingeschlagenen Weg des Zwangsanschlusses an vorhandene Fernwassersysteme, obwohl in den Gemeinden entweder eigene Anlagen vorhanden oder diese bereit sind, solche Anlagen zu errichten, die den Voraussetzungen gemäß den fachlichen Bestimmungen des LEP entsprechen. Die Zweckverbände führen ein Eigenleben, dem zahlreiche Gemeinden und Tausende von Bürgern im Freistaat Bayern trotz der neuen Grundsätze des LEP ohnmächtig ausgeliefert sind. Als gravierende Beispiele der letzten Wochen sollen hier aufgeführt werden:

1. Marktgemeinde Triftern, Lkr. Rottal/Inn
2. Marktgemeinde Burghaslach, Lkr. Neustadt/Aisch-Bad Windsheim
3. Zahlreiche Gemeinden im Bereich des geplanten Trinkwasserspeichers im Hafental, Lkr. Main-Spessart

Der BN vertritt seit vielen Jahren die Auffassung, daß die Erhaltung und gegebenenfalls Errichtung von kommunalen Eigenversorgungsanlagen wirtschaftlicher und auf Dauer für die Bürger auch kostengünstiger, krisensicherer und ökologisch sinnvoller ist. Der weitere Ausbau der Fernwasserversorgung einschließlich der Errichtung von Trinkwasserspeichern ist nach unserer Auffassung aus den oben aufgeführten Gründen drastisch zu reduzieren, das Augenmerk soll verstärkt auf die Erhaltung der dezentralen kommunalen Versorgungsanlagen gerichtet werden. Wie krisen anfällig allein Trinkwasserspeicher sind, haben die letzten Tage nach der Katastrophe von Tschernobyl gezeigt.

Der BN begrüßt daher ausdrücklich die im LEP, Abschnitt Wasserversorgung neu gefaßten Grundsätze, die sich für örtliche, also kommunale und Gruppen-Anlagen ausprechen.

Nachdem weder die Staatsregierung noch die nachgeordneten Behörden und die Zweckverbände bereit sind, diese Grundsätze in der Praxis umzusetzen, bittet der Bund Naturschutz in Bayern den Bayerischen Landtag wie folgt zu beschließen:

1. Die Staatsregierung wird beauftragt, auf die nachgeordneten Behörden einzuwirken, daß bei der Erstellung von Wasserversorgungsanlagen in den Kommunen die Priorität auf die Erhaltung bestehender örtlicher Anlagen oder die Errichtung neuer örtlicher Anlagen gerichtet wird.
2. Die Staatsregierung wird beauftragt, für die Erhaltung und Errichtung örtlicher Anlagen eine Mustersatzung zu erlassen und ausreichende Geldmittel für die Gemeinden zur Verfügung zu stellen.
3. Die Staatsregierung wird beauftragt, in jedem Einzelfall, insbesondere in den oben aufgeführten Fällen der Marktgemeinden Triftern, Lkr. Rottal/Inn und Burghaslach, Lkr. Neustadt/Aisch-Bad Windsheim, den Zwangsanschluß nicht vornehmen zu lassen und durch unabhängige Gutachten (nicht vom örtlichen Zweckverband, Gesundheitsamt und Landratsamt) zu klären, daß eine örtliche Versorgungsanlage wirtschaftlich und ökologisch sinnvoller ist.
4. Die Staatsregierung wird beauftragt anzuordnen, daß in allen Fällen, in denen Kommunen eigene Versorgungsanlagen erhalten bzw. errichten wollen, die Zweckverbände nicht berechtigt sind, einen Zwangsanschluß durchzuführen. Die Rechtsaufsicht über die Zweckverbände ist neu festzulegen.

Der Bund Naturschutz in Bayern bittet den Bayerischen Landtag, Ausschuß für Landesentwicklung und Umweltfragen, diese Eingabe wegen der Dringlichkeit möglichst bald auf die Tagesordnung zu setzen, zu beraten und im Sinne unserer Eingabe zu beschließen.

Der BN ist gerne bereit, detaillierte Unterlagen zu den einzelnen Projekten nachzureichen. Zu den beiden aktuellen Fällen der Marktgemeinden Triftern und Burghaslach erlauben wir uns Zeitungsberichte in Kopie beizufügen.

Der BN bittet den Bayerischen Landtag um Mitteilung des Termins der Behandlung

dieser Eingabe, da wir gerne zusammen mit Vertretern der Gemeinden teilnehmen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Steininger
-Landesgeschäftsführer-

Selt über zehn Jahren kämpft der Markt Burghaslach um eine eigene Wasserversorgung

Fernwasser läßt Volksseele kochen

Rund 1000 Bürger protestierten gegen den drohenden Zwangsanschluß — Landrat in Doppelfunktion im Visier

BURGHASLACH (NZ). — Selt über zehn Jahren kämpft die Marktgemeinde Burghaslach im Landkreis Neustadt/Alsch-Bad Windsheim gegen den zwangsweisen Anschluß an die Fernwasserversorgung Franken (FWF). Nahezu der gesamte Ort und eine satte Mehrheit im Gemeinderat sind sich in der Ablehnung dieser zweifelhaften Segnung einig, doch nützt dies den Burghaslachern wenig, denn Justiz und Politik haben anders entschieden: Nach dem Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes 1984 steht seit 7. Mai 1984 die Ersatzvornahme des Anschlusses an das Fernwasser durch den zuständigen Landrat — und zugleich FWF-Vorsitzenden Robert Pfeifer — drohend im Raum. Überzeugt davon, die besseren Argumente zu haben, machten die Burghaslacher Fernwassergegner am Dienstag abend in einer Protestveranstaltung ihrem Unmut abermals Luft.

Etwa 1000 Menschen aus dem Raum Burghaslach und Repräsentanten von Anti-Fernwasser-Bürgerinitiativen aus ganz Nordbayern füllten das Festzelt und die Tische davor und demonstrierten lautstark gegen den „Filz aus Bürokratie und Politik“, der sie daran hindern will, weiter ihr eigenes sauberes Wasser zu verwenden. Sie appellierten erneut an die Vernunft, daß es doch möglich sein müsse, einen vor 13 Jahren unter Androhung des Baustopps für die eigene Wasserversorgung erzwungenen Gemeinderatsbeschuß pro Fernwasser und den 1974 unterschriebenen Vorvertrag zu annullieren, nachdem sich die Rahmenbedingungen grundlegend geändert hätten.

Dazu zählt der Vorsitzende der Bürgerinitiative Burghaslach „Gegen Fernwasser“, Friedrich Kropf, unter anderem die Tatsache, daß Gutachten dem Wasser aus dem Burghaslacher Gemeindebrunnen einen Rückgang des Nitratgehalts von zwölf auf acht Milligramm pro Liter in den letzten fünf Jahren attestieren, während das Fernwasser im Schnitt einen Nitratgehalt von 35 mg/l aufweise. Auch bei den Kosten machen Kropf und seine Mitstreiter eine vernichtende Rechnung für das ungeliebte Fernwasser auf: Alles in allem würde das System der Fremdversorgung rund zwei Millionen Mark kosten. Der Ausbau der Ortsversorgung käme auf knapp 1,02 Millionen Mark.

Doch solch klarer Zahlenprache ist man bei der Abteilung Wasserbau der Obersten Baubehörde beim bayerischen Innenministerium abhold, wie Kropf unter Pfiffen, Buhrufen und Gejohle der Zuhörer nachwies. Zuschüsse für die Eigenwasserversorgung würden dort abgelehnt, weil das Fernwasser mit Gesamtkosten von nur 300 000 Mark die billigere Lösung sei. Des Rätsels Lösung: In keineswegs sparsamem Umgang mit Steuergeldern habe die Bürokratie bereits 1,7 Millionen Mark staatliche Zuschüsse von den tatsächlichen Fernwasserkosten abgezogen.

Endlich Schluß zu machen, „mit den Tricks, mit denen man kleine Gemeinden zwingen will, etwas anzunehmen, was sie gar nicht brauchen“ — nämlich Fernwasser —, forderte unter dem Beifall der Burghaslacher auch der Vorsitzende der Interessengemeinschaft zur Erhaltung der kommunalen Trinkwasserversorgung (IKT) in Unterfranken, Sebastian Schönauer. Der Vizebürgermeister der Gemeinde Rothenbuch am oberen Ende des Hafenlohrtales im Spessart nannte diese Art Vorsorge menschenverachtend, weil sie an den Interessen der Menschen vorbeigehe. Er untermauerte seine Behauptung mit einem Auszug aus einem Papier der Wasserbauverwaltung. Diese argumentierte noch vor wenigen Jahren mit einem „ungeheueren Nachholbedarf an Hygiene auf dem flachen Land“, um ihren Vorhaben — wie etwa dem Trinkwasserstausee im Hafenlohrtal — die nötige Dringlichkeit zu attestieren.

Der Hauptredner des Abends, der Geschäftsführer des Bundes Naturschutz (BN) in Bayern und Exsprecher einer Anti-Fernwasser-Bürgerinitiative, Helmut Steininger, kam in seiner Analyse des Themas zu dem Schluß: „Wenn das Volk nur alle vier bis sechs Jahre bei einer Wahl gefragt wird, sind wir mit dieser Demokratie bald am Ende.“ Als Hauptübel des Fernwasserärgers erkannte Steininger die Zweckverbände wie die FWF. Sie seien „das Krebsgeschwür der Demokratie, denn sie haben völlige Narrenfreiheit, weil hier die Bürokratie sich selbst kontrolliert“.

Unter dem tosenden Beifall seiner Zuhörer richtete Steininger an die Politiker die Frage, wie sie es mit der Kontrolle hielten, um für die Personen des FWF-Vorsitzenden und Landrats Robert Pfeifer zu dem Schluß zu kommen: „Der kann nicht kontrollieren, der steckt total im Filz drin!“ Damit der Sachverhalt objektiv beurteilt werden könne, solle Pfeifer von einem seiner beiden Ämter zurücktreten, forderte Steininger. Hoffnung auf Besserung

Nürnberg's
zeitung 15.5.86

machte Steininger allen Fernwassergegnern mit dem Hinweis auf eine Petition, die der BN am Montag an Ministerpräsident Strauß gerichtet habe. Darin wird gefordert, dem seit zwei Jahren geltenden Landesentwicklungsprogramm endlich Gültigkeit zu verschaffen, wonach auch örtliche Wasserversorgungsanlagen mit staatlicher Förderung rechnen könnten.

Im Gegensatz zu seinen Vorrednern vermochte sich der heimische CSU-Landtagsabgeordnete Friedrich Löscher-Frühwald bei den Burghaslachern zeitweise kaum Gehör zu verschaffen. Buhrufe und Pfiffe begleiteten seine Feststellung, daß er sich schon länger als die Bürgerinitiative der Sache Burghaslachs angenommen habe. Er müsse als Abgeordneter jedoch die Gewaltenteilung respektieren und ein Gerichtsurteil gegen den Ort gelten lassen. Wenig Gegenliebe fand seine Versicherung, er wolle sich für beide Arten der Wasserversorgung weiter bemühen. Die wichtigsten CSU-Repräsentanten, Landrat Pfeifer und Innenminister Karl Hillermeier, hatten sich entschuldigen lassen. Rolf Syrigos

Kann zu glauben,
aber wahr...

Und es gibt auch Beispiele, die leider keine Fiktion sind. Da schickt ein Bürger aus einem Dorf im Landkreis Würzburg, weil er nun endlich einmal Klarheit haben will, zwei Wasserproben zur Analyse an das zuständige Amt. Die erste Flasche enthält Wasser aus dem eigenen Dorfbrunnen, der jahrhundertlang und noch bis in die jüngste Vergangenheit hinein die Gemeinde speiste, die zweite Wasser aus der inzwischen angeschlossenen Fernleitung. Beide Flaschen etikettiert er, allerdings vertauscht: Die Flasche mit dem Brunnenwasser wird als „Fernwasser“ gekennzeichnet, das „Fernwasser“ also mit Brunnenwasser. Nach einigen Tagen kommt die Analyse zurück. Sie scheint gründlich gemacht worden zu sein, allerhand gibt es da zu lesen, und eben auch zusammenfassende Urteile. Der Leser kann sich jetzt schon denken, was kommt, und es kommt. Die Flasche Brunnenwasser, die tatsächlich aber das vielgepriesene Fernwasser enthält, war mit praktisch ungenießbarem, bakteriologisch bedenklichem hochnitriertem Wasser gefüllt, die andere dagegen mit exzellentem, in jeder Hinsicht einwandfreiem Naß.

Unser Freund ist überrascht und

M.P.V.
14.6.86

Vertreter von rund zehn Bürgerinitiativen aus ganz Bayern treffen sich am Freitag in Gereuth

„Aufgestauter“ Protest gegen Fernwasser

Auch Bürgermeister aus Problemgemeinden eingeladen - Reaktionen im Landtag

Gereuth (RK). Der Ausgangspunkt ihres Protestes ist der gleiche: Sie wehren sich gegen den Anschluß an Fernwasserversorgungsanlagen und Zweckverbände, plädieren für den Erhalt der örtlichen Brunnen, aus denen sie ihr Trinkwasser beziehen. Die Vertreter von rund zehn Bürgerinitiativen aus ganz Bayern treffen sich an diesem Freitag, 25. Juli, im Untermersbacher Gemeindeteil Gereuth im Landkreis Haßberge zu einem Erfahrungsaustausch. Neben den Vertretern der Bürgerinitiativen wurden auch 42 Mandatsträger, Kandidaten für Bund- und Landtag aller Parteien sowie Behördenleiter eingeladen. Zwischen 200 und 250 Besucher werden zu der Veranstaltung im Saal des Gasthauses Greiffenlau um 19.30 Uhr erwartet, die unter dem Motto „Erhaltet unsere örtlichen Trinkwasserversorgungsanlagen - Gegen den weiteren Ausbau von Zweckverbänden und Fernwasserversorgungsanlagen“ steht.

Initiator dieser Veranstaltung - eine ähnliche fand vor Wochen in Burghaslach (Lkrs. Neustadt/Aisch-Bad Windsheim) statt - ist in Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Gereuther Wasser, Ekkehart Koser. Er schrieb verschiedene Bürgerinitiativen in ganz Bayern an, die meisten haben zugesagt.

So sagte sich aus Burgwindheim (Lkrs. Bamberg) eine 29köpfige Abordnung an.

Weitere Vertreter werden erwartet aus Burghaslach, Greußenheim (bei Würzburg), Bad Königshofen, Wüstenfelden (bei Castell), Hirschbach (bei Rottal/Inn) und Langeringen. Angeschrieben wurden auch die Bürgerinitiativen gegen einen Wasserspeicher im Hafenthal und die Schutzgemeinschaft gegen eine zentrale Fernwasserversorgung Fränkische Schweiz.

Einladungen flatterten auch in die Rathäuser der „Problemgemeinden“ Weismain, Seßlach, Gerach und Bischberg.

Auch an Universitäten stieß die Veranstaltung auf Interesse. So machen sich Professoren des Geologischen Institutes der Universität Bochum und der Leiter des Geologischen Institutes Münster auf den Weg in die Haßberge. Den Veranstaltungsablauf stellt sich Ekkehart Koser so vor: Zunächst er-

folgt ein Bericht über die Situation in Gereuth, bei der sich kürzlich eine Wende vollzog. Mittlerweile sprach sich auch das Landratsamt Haßberge für die Sanierung dieser Wasseranlage aus. Den Vollzug eines so lautenden Gemeinderatsbeschlusses hatte das Landratsamt lange Zeit „auf Eis“ gelegt. Das Landratsamt hatte sich zusammen mit dem Wasserwirtschaftsamt Schweinfurt für den Anschluß an

einen Zweckverband ausgesprochen. Mittlerweile überzeugten neutrale Gutachter auch die Aufsichtsbehörde. Landrat Keller schrieb als Antwort auf die Einladung zu der Veranstaltung am Freitag, daß er aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen könne, sein Amt die Bedenken mittlerweile aber zurückgestellt habe und nun für eine dezentrale Lösung plädiere.

Ungeklärt ist noch die Zuschußfrage, was aber Vorsitzender Koser kaum anfieht, denn bereits bei früheren Besprechungen haben sich die Gereuther bereiterklärt, ihren Teil zur Sanierung der Eigenversorgung beizusteuern.

Nach dem Bericht über die Situation in Gereuth folgen die Statements der Vertreter der verschiedenen Bürgerinitiativen, die in sieben bis acht Minuten das Problem ihrer Gemeinde aufrollen und Erfahrungen weitergeben sollen.

Dezentralität sogar noch ausbauen

Als Hauptredner spricht Sebastian Schönauer aus Rothenbuch im Spessart. Er ist der Vorsitzende der Interessengemeinschaft kommunale Trinkwasserversorgung in Bayern. Diese Institution entwickelte eine gewisse Eigendynamik. Ursprünglich für Unterfranken gegründet, weitete sich das Interessengebiet wegen des regen Zuspruchs schnell auf Franken und schließlich auf ganz Bayern aus. Zwischenzeitlich wurde mit Peter Eithöfer auch ein Geschäftsführer bestellt.

Ein weiteres Thema der Versammlung wird eine Petition des Bundes Naturschutz, der auch als Mitveranstalter auftritt, an den Bayerischen Landtag sein. Mit dieser Petition soll im Verein mit mehreren Bürgerinitiativen versucht werden, die

Mehrheit des Landtages davon zu überzeugen, daß die Ziele des Landesentwicklungsplanes bei der Wasserversorgung von der Bürokratie auch vollzogen werden. Laut Landesentwicklungsplan sollen dezentrale Wasserversorgungsanlagen nicht nur erhalten, sondern auch ausgebaut werden.

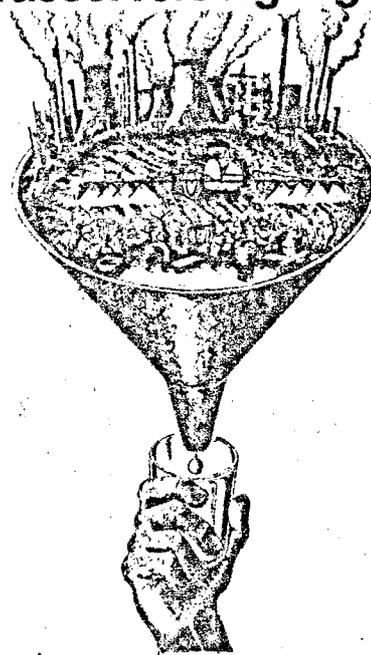
Zudem, so die Petition, sollen auch für Eigenversorgungsanlagen die Mittel bereitgestellt werden, wie dies für Fernversorgungsanlagen der Fall ist. Weiter enthält die Petition den Wunsch, daß Kommunen nicht gezwungen werden, Zweckverbänden beizutreten, wenn nicht dringende Gründe gegen den Erhalt der Eigenanlage sprechen. Bei Streitfällen, so eine weitere Forderung der Petition, sollen unabhängige Gutachter eingeschaltet werden und nicht die örtlichen Behörden, wie, Wasserwirtschaftsämter, als Gutachter und entscheidende Stelle auftreten.

Nach Aussage von Ekkehart Koser gebe es im Landtag erste Reaktionen. So schrieb der Vorsitzende des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen, Alois Glück, daß die Eingabe sorgfältig behandelt werde

Haltung hinwirken konnte. Auch der Wirtschaftsausschuß habe sich grundsätzlich für eine Förderung bei der Eigenversorgung dezentraler Anlagen ausgesprochen.

Zum Abschluß des Informationsabends planen die Veranstalter eine Diskussion, wobei vor allem die Mandatsträger der Parteien ihre Stellungen abgeben sollen.

Wie sicher ist unsere Wasserversorgung?



IKT - Konto

Nr. 150 101 343

BL z 790 501 30

Kreissparkasse Würzburg

Forts. von S. 7

auch wieder nicht. Aber er ist ein anständiger Bürger und macht, nachdem das Gutachten vorliegt, das Amt auf seine Etikettenverwechslung aufmerksam. Die Reaktion ist außerordentlich. Er wird der Täuschung bezichtigt, ihm wird ein Verfahren angedroht und er muß sich belahren lassen, allerdings nicht offiziell, daß auch das Amt gewisse Weisungen zu erfüllen habe - Vorgegebenes eben, an dem man nicht herumkomme. Das Etikett allein bestimme schon das Urteil, und mit schlaun Bürgern habe man es nicht gerne zu tun.